

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18930615

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2795) ohne Bringegebild vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportage wöchentlich 36 Pf. frei in's Haus.
Verantwortlicher Redakteur: C. Heine in Hamburg.

Donnerstag, den 15. Juni 1893.

Anzeigen werden die sechsgehaltene Zeitschrift oder deren Raum mit 30 Pf. für den Arbeitsmarkt, Vermittlungs- und Familienanzeigen mit 20 Pf. berechnet. Anzeigen-Auflage in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Anzeigen-Blättern Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Auf zur Wahl!

Kein Wähler darf heute die Ausübung seines höchsten politischen Rechtes unterlassen!

Von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr kann der Stimmzettel abgegeben werden.

Wer es ermöglichen kann, benutze zur Stimmabgabe die Zeit von 10 bis 12 und von 2 Uhr an, damit die Mittagsstunden für die zur Arbeit Gezwungenen frei bleiben und zu großer Andrang vermieden wird.

Der Reichstag wird auf fünf lange Jahre gewählt. Kein Wahlberechtigter darf sich säumig zeigen!

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind:

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------------|
| Für den 1. Hamburger Wahlkreis: | August Bebel in Berlin. |
| „ „ 2. „ „ | J. S. W. Dieck in Stuttgart. |
| „ „ 3. „ „ | Friedrich Wilhelm Meißner in Hamburg. |
| „ „ 6. Schlesw.-Holst. „ | Hermann Wollenbuhr in Ottensen. |
| „ „ 8. „ „ | Karl Frohne in Hamburg. |
| „ „ 17. Hannoverischen „ | Heinrich Baerer in Harburg. |

Siehe eine Beilage.

Auf zur Wahl! Schlacht!

Der Tag der Wahl, der 15. Juni, ist da. In den wenigen Stunden zwischen 10 Uhr Morgens und 6 Uhr Abends soll eine Entscheidung fallen, wie sie erst und wichtiger noch bei keiner der früheren Neuwahlen zum Reichstage seitens des Volkes zu treffen war. Vom Ergebnis des heutigen politischen Achtstundentages hängt für die Zukunft unserer Nation unendlich viel ab.

Wähler! Männer des werththätigen Volkes! Ihr wisst, durch was die heute zu vollziehende außerordentliche allgemeine Reichstags-Neuwahl veranlaßt worden sind. Der Versuch der Regierung, für den Molooh Militarismus neue ungeheure Opfer zu erlangen, ließ den schon lange vorhandenen Unwillen der weitaus meisten Volksglieder in hellen Flammen emporlehen. Diesen allgemeinen Volkszorn gegenüber wagten eine große Zahl von Abgeordneten der sogenannten „Ordnungs-Parteien“ es nicht, die Forderungen der Regierung mit gewohnter Rücksichtlosigkeit gegen die Volksinteressen unbedingt zu bewilligen. Da nahm am 6. Mai der parlamentarische Schacher, das unheilvolle Spiel, durch welches die Vertreter der sogenannten „Rechts-Parteien“ die deutsche Nation zu beschlachten und zu betriegen versuchten, ein Ende; die Reichstagsauflösung erfolgte, und damit wurde die Entscheidung über das Volksgeschick wieder in die Hände des Volkes zurückgegeben.

Heute soll diese Entscheidung erfolgen. Heute gilt es Autorität gegen Autorität! Der Autorität des Parlamentes hat die Regierung ihre Anerkennung verweigert; sie nahm die oberste und entscheidende Autorität für sich in Anspruch und machte geltend: sie müsse „am besten“ wissen, was für die „Sicherheit des Vaterlandes“ erforderlich sei und was dem Volke noch an neuen Lasten zugemutet werden könne!!!

Nun hat die Autorität des Volkes, der Wählerschaft, das Entscheidungswort zu sprechen. Wir wissen ja, daß als einer der „schwerwiegendsten Gründe“ der Reichstagsauflösung für die Militärvorlage die „Autorität der Generale und Staatsmänner“ ins Feld geführt wurde, gegen welche der „beschränkte Unterhauverstand“ natürlich nicht aufkommen konnte. Wohlan, das Volk dem Vorschlag und Hochmuth die alberne Phrase vom „beschränkten Unterhauverstand“ zu bieten wagen, es wird heute an der Wahlurne zeigen, daß es mündig und befähigt ist, sein Urtheil abzugeben über die Militärpolitik der Regierung und die Schacherpolitik der seit her herrschenden Parteien!

Woll, besinne Dich recht ernsthaft auf Deine Autorität! Weg mit der elenden, falschen Bescheidenheit, der Selbstunterscheidung und Selbstbeschuldigung! Stelle Du die Autorität Deiner gesunden Einsicht, Deines Rechtsbewußtseins, Deiner Selbstachtung jenen anderen Autoritäten entgegen und erhebe ihnen ein kategorisches:

„Bis hierher und nicht weiter!“

zu. Kraft des allgemeinen Wahlrechts hast Du die heilige Verpflichtung, diese Deine Autorität gegenüber der Autorität des Militärs und der herrschenden Sonderinteressen in die Waagschale zu werfen. Du hast Dich darauf zu besinnen, daß es sich bei der Militärvorlage nicht allein um militärische Dinge, sondern um eine ganze Reihe wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Fragen von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Nation handelt. Welche Umarmung von den „militärischen Autoritäten“, daß sie „besser

wissen wollen, was dem Volke frommt und was es leisten kann, als dieses aus vielen Millionen von Steuerzahlern, Wählern, Staatsbürgern bestehende Volk selbst! Alle jene Autoritäten vom grünen Tisch, die aus dem Steuerfädel ihre hohen Gehälter beziehen, haben es leicht, dem Volke neue Lasten zuzumähen; sie haben darunter nicht zu leiden; sie brauchen nicht zu sorgen und zu bangen um's tägliche Brot; sie sind versorgt, und gut versorgt; sie wissen nicht und empfinden es nicht, was es heißt, wenn der Mann der Arbeit, der täglich und stündlich für sich und die Seinen mit dem Hunger und dem Elend ringt, gezwungen ist, vom geringen Gehalt seines Willens jährlich jetzt schon

90 bis 100 Mark Verbrauchsabgaben, welche auf die nothwendigsten Konsumartikel gelegt sind, dem Staate oder dem Reiche vorwiegend für militärische Zwecke zu zahlen.

Die höchste Autorität soll vernünftigerweise immer da sein, wo das höchste Recht ist. Und wech' höheres Recht gäbe es wohl, als das des Volkes, für sich selber einzustehen.

Die herrschenden Parteien und Gesellschaftsklassen, die in echt demagogischer Art um die Stimmen des „kleinen Mannes“ buhlen, sehen dem Resultat des heutigen Tages mit Bittern und Wangen entgegen. Denn sie sehen unter dem Eindruck eines bösen Gewissens. Sie müssen erleben, daß das arbeitende Volk die Auflösung und die Neuwahlen mit Jubel und Begeisterung begrüßt hat. Längst ist ihm, dem so oft getäuschtem und betrogenen Volke, das frivole Spiel verhasst, welches die Mehrheits-Parteien im Reichstage, die Konservativen wie die sogenannten „Liberalen“, mit seinen heiligsten Rechten und Interessen so viele Jahre hindurch getrieben haben! Die schwere Sündenschuld jener Parteien ist offenbar geworden vor dem Auge jedes vernünftigen und ethischen Menschen. Sie, die sich heuchlerisch als „staatsverhaltende“ und „Ordnungs-Parteien“ getarbt, mit „Patriotismus“ und „Volkstreuendlichkeit“ sich brühten, — sie haben den „geschlichen Boden“ geschaffen, auf welchem der Militarismus, wie ein nimmer-satter Molooh, seit bald 25 Jahren immer höher und rücksichtsloser in seinen Anforderungen an die Steuerkraft des arbeitenden Volkes werden konnte; sie haben auf diesem Boden die unerschrockenste Schacherpolitik getrieben, die jemals eine Volkerverletzung enthielt und eine Nation auf's Schwerste geschädigt hat; dafür, daß sie mit der Regierung in militärischen Fragen durch Dick und Dünn gingen, ist ihnen als Gegenleistung der Dornhalm der agrarischen und industriellen „Schutzhülle“ geworden, welche dem kleinen Manne die Lebenshaltung so sehr verherrlicht und erschweren; sie haben ihre Mandate zur Volkerverletzung schuldig gemacht, indem sie die Gesetzgebung in den Dienst des Sonderinteresses der Mächtigen und Reichen stellten, was gleichbedeutend ist mit dem unverzeihlichen aller politischen Verbrechen:

einer förmlichen Verschönerung des privilegierten großen Besitzes gegen die Armuth;

sie haben ihr Unbesonnenheitsregiment, von welchem sie mit größter Unvorsichtigkeit behaupten, daß dasselbe ein „unantastbares“ Stütz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sei, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu festigen versucht und zugleich sich der systematischen Untergrabung der Volksrechte und Freiheiten schuldig gemacht. Nach ihrer Ansicht ist das ethische arbeitende Volk, welches den Staat erhalten und ihm die Schlägen schlagen muß, der Lohnarbeiter, der Handwerker, der Bauer, der kleine Gewerbetreibende und kleine Beamte nur dazu da, sich ausgeben zu lassen für die Sonderinteressen einer kleinen Minderheit, Steuer-

lasten zu tragen bis zum Erliegen, sich höchst demüthig eine entwürdigende Bevormundung seitens der „oberen Behörden“ gefallen zu lassen und alle von dieser Seite kommenden Ungerechtigkeiten geduldig zu ertragen. Sie sind gewissenlos und hochmüthig genug, den Massen des werththätigen Volkes das Wahlrecht zum Reichstage rauben zu wollen,

um zu verhindern, daß ihr, Männer der Arbeit, Vertreter Eurer berechtigten Interessen, Vertheidiger Eurer Wohlfahrt, Ehre und Würde in den Reichstag entsenden; sie wollen Euch — das haben sie, die jetzt mit heuchlerischen Phrasen und Versprechungen um Eure Stimmen sich bewerben, oft genug offen erklärt — politisch rechtlos

machen, um ungehindert ihre Ausbeutungs- und Unterdrückungs-Praktiken an Euch abzuüben zu können. Wäre das arbeitende Volk im Stande, könnte es so unflug und pflichtvergessen gegen sich selbst sein, noch einmal eine solche reaktionäre Majorität in den Reichstag zu entsenden, wie sie bis dahin dort die Untergrabung und den Umsturz der Volksherrschaft und -Rechte betrieben konnte, so würde das ein politischer Selbstmord des Volkes gleichkommen!

Wähler! Männer der werththätigen Klassen! Auf, an die Wahlurne mit dem Stimmzettel für die Kandidaten der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, der gerechte Prinzipien, politische Ehrlichkeit und Konsequenz eigen sind. Weiche keiner juchend! Insbesondere Ihr Arbeiter müßt fernst eine Stunde von Eurer Arbeitzeit opfern, um Euer Wahlrecht auszuüben. Bedenkt, wie oft Ihr durch die unglücklichen Verhältnisse gezwungen seid, zu feiern! So bringe denn heute jeder von Euch das Opfer, freiwillig eine kleine Schmeichelei zu erleiden. Heraus aus den Werkstätten, herunter vom Bau, an die Wahlurne, Ihr Männer! Bedenkt die Worte des Dichters:

Und wieder schwaunt die erste Waage
Der alte Kampf lebet sich neu,
Jetzt kommen erst die rechten Tage
Wo kein sich sondern wird von Spreu,
Wo man den Falschen von dem Treuen
Gehrig unterscheiden kann,
Dem Unerschrocknen von dem Scheuen,
Dem Halben von dem ganzen Mann!

Jetzt wachet Männer Eurer Würde,
Steh auf zu männlichem Entschaid,
Auf daß Ihr nicht dem Land zur Bürde,
Dem Ausland zum Gelächter seid.
Es ist so viel schon unterhandelt,
Es ist gesprochen fort und fort,
Es ist geschrieben und gehandelt, —
So sprecht nun das Entscheidungswort!

Ein Euch, Ihr Männer des werththätigen Volkes, ist es, dahin zu wirken, daß der heutige Tag werde ein Siegeslag der Freiheit und des Rechtes, ein Siegeslag der Sozialdemokratie!

Von der Weltbühne.

Das Reichstagswahlrecht soll nach offiziellen Behauptungen „keineswegs in Gefahr sein.“ Der ultramontane „Katholischen Volkszeitung“ wird dazu aus Berlin geschrieben:
Wir wollen Niemanden rathen, auf diese Demotisch-päpste zu bauen. Wer nämlich in hiesigen Angelegenheiten verkehrt, wird kaum einen einzigen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts antreffen. Fast alle Leute machen das Reichstagswahlrecht für sämtliche Koloniaten, unter denen Reichsregierung und Reich leiden, verantwortlich. Es ist zweifellos, daß diese Stimmung über kurz oder lang in irgend einer Form einen gesetzgeberischen Niederschlag finden wird. Wenn das demotisch wird, so zünden wir fünf die Wägen. Man lenget so etwas ja so lange ab, bis eine betreffende Vorlage angeordnet wird. Wer sich aber bemüht, die

Stimmungen kennen zu lernen, kann mit viel mehr Sicherheit sagen, was später passiren wird. Der Kerger unserer Regierungskreise über das allgemeine Wahlrecht wird sich schon zu Gegenständen verdichten, sobald wir nur eine passende Gelegenheit, etwa nur eine Kartell-Reise, im Reichstage haben. Ich habe in Kreisen hiesiger hoher Staatsbeamten zwei Meinungen vertreten gefunden. Die „gemäßigte“ Anschauung wollte „nur“ die Minimalmenge des Wahlrechts vom 25. bis zum 30. Lebensjahr ausdehnen und die geheime Stimmrecht abheben. Dies würde am meisten den Konservativen und den Nationalliberalen, als den Parteien, die vorzugsweise Wahlmanoeuvren treiben, zu Gute kommen. Es ist ja selbstredend, daß massenhaft Arbeiter entlassen würden, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben. Bisher ist aber selbst diese „Reform“ noch lange nicht genügend. Sie wollen das ganze allgemeine Wahlrecht abschaffen. Die Verantwortung der Frage nach einem Erfolg ist verschiedenartig; am meisten neigt man sich der Ansicht zu, einen Extrakt aus den Landtagen als Reichstag funktionieren zu lassen. Die Einzel-Vorlagen sollen die Reichstagsabgeordneten wählen — ein Plan, der übrigens sehr viele Schwierigkeiten hat. Dafür ist auch das viel desto verlockender; würde man doch auf diese Weise einen Reichstag zusammenbringen, der nicht einen einzigen Sozialdemokraten zählt. Das wäre doch schon des „Schweiges der Edeln“ werth.“

Wir fragen: und dann?
Nun dann werden die „staatsverhaltende“ Politiker ihren Appell an die Gewalt fertigen haben!

Die „patriotischen“ Kunstlerverbände an der Arbeit! Die Frage einer Aenderung des Reichswahlrechts wird nun auch von der „Kreuzzeitung“ behandelt, und zwar in einer Weise, die allgemeine Beachtung verdient. Nachdem das Blatt einleitend von einem „Gerde über die Gestaltung des allgemeinen Wahlrechts“ gesprochen, während doch nicht das Mindeste vorliegt, was als ethische Verwerthung werden könnte, heißt es: „An einer Einrichtung, wie diese, rüttelt es sich sicher nicht so leicht. Das Gegenüber zu glauben wäre flüchtig. Das allgemeine Wahlrecht würde nur dann gefährdet sein, wenn die Mehrheit der deutschen Wähler es dahin kommen ließe, daß die äußere Sicherheit des Reiches bedroht erschiene. Diese Wähler selbst also haben es in ihrer Hand, alles Dagegen zu verhindern.“ Sie brauchen am 15. Juni nur zu zeigen, daß ihnen die Werththätigkeit des Vaterlandes über ihren Partei- und Schmeicheleien steht, wie hoch sie diese sonst auch immer schätzen.“

Also wenn kein militärbenutzungslosiger Reichstag zu Stande kommt, ist nach Ansicht der „Kreuzzeitung“ das jetzt bestehende Wahlrecht gefährdet! Durch wen denn? Eine Aenderung dieses Wahlrechts kann auf verfassungsmäßigen Wege doch nur durch übereinstimmenden Beschluß des Bundesraths und Reichstages erfolgen. Daß aber der Letztere, falls er in seiner Mehrheit gegen die Carthagenische Vorlage ist, einer Aenderung des Wahlrechts nicht zustimmen würde, darauf sicher gehen. Soll also die Aenderung der „Kreuzzeitung“ einen Sinn haben, so kann dieser nur in einer Drohung mit einem Verfassungsbruch gefunden werden, die aber das Volk doch wohl selbst nicht ernsthaft nehmen will. Dem Volke aber wird man die Meinung nicht antreiben, daß eine Aenderung des Wahlrechts nur von einem bewilligungswilligen Kartellreichstage droht.
Also, Wähler: Nieder mit der „patriotischen“ Kunstlerverbände!

Die regierungsfreundlichen Rechenkünster behaupten, die Verwirklichung der neuen Militärvorlage werde jedem Wähler nur 1 M. 1 Pf. kosten. Wir wollen diese Füge nur einmal zurückweisen. Die Rechenkünster haben sich die Aufgabe sehr leicht gemacht. Da die Militärvorlage vier und sechszig Millionen jährlich erfordert, so würde diese Summe auf rund fünfzig Millionen Rthlr vertheilt, je 1 M. 1 Pf. ausmachen. Unbeseitigt liegt das Rechenregel gar nicht so glatt, denn erstens können nicht Sänglinge und verheiratete Frauen selbstständig, sondern der Familienvater muß für sie aufkommen. Gewöhnlich rechnet man die Familie zu fünf Köpfen; es würden also auf jeden Familienvater mehr als sechs Mark entfallen, — wenn keine Nebenansgaben diese Summe zum Mindesten verdoppeln. Die unwirthschaftlichsten aller Steuern sind die indirekten Steuern, denn sie erfordern erstens ein Beamtenheer zur Kontrolle, Eintreibung, Verrechnung u. s. w., zweitens hat auch die geringste indirekte Steuer die Tendenz, den Marktpreis des betroffenen Gegenstandes erheblich zu erhöhen, so sogar zu verdoppeln. Der Produzent ist gezwungen, nicht bloß den Betrag der Steuer, sondern auch

die Zinsen dieses Betrages, den er zwar erlegen muß, auf den Herstellungspreis aufzuschlagen, und sich außerdem auch noch für den verminderten Konsum schadlos zu halten. Diefelbe Manipulation muß auch jeder Vertheilungsmittel zwischen dem Produzenten und Konsumenten vornehmen, und zwar mit Recht, denn durch seine Willkür erlangen erst die Erzeugnisse einen Marktwert, indem er sie dem Konsumenten zuführt. In welcher erschreckender Weise eine so geringe Steuer oder ein Einfuhrzoll den Marktpreis erhöht, haben wir in Hamburg an unserem Leibe erfahren, seitdem wir in das deutsche Zollgebiet einreicht worden sind. Früher zahlten wir beispielsweise für ein Pfund Butter 60—60 Pf. Nachdem noch ein Zollpflichtig von einigen Pfennigen pro Pfund hinzugekommen ist, zahlen wir für das Pfund dieselbe Qualität M. 1.20—1.80. Die paar Pfennige haben den Marktpreis verdoppelt. Man darf also behaupten, daß die Wähler für die Militärvorlage nicht bloß M. 1.01, sondern sofern sie Familienväter sind, M. 10—15, eher M. 15 als M. 10, an fortwährenden Ausgaben mehr zu zahlen haben werden. Indirekte Steuern veranlassen sie also mehr, als sie dem Staatsfädel mühen.

Darum, Wähler, seid heute an der Wahlurne auf der Hut!

Die „unaufsichtbare Autorität“ der Regierung. Es sei heute nochmals daran erinnert, daß unsere Regierungsmänner mit dem Volke auf ihre „Autorität“ schon zweimal gründlich Fiasko gemacht haben. Der Reichstag ist schon zweimal angefaßt worden, weil er jener „Autorität“ nicht „pariren“ wollte, — im Jahre 1878, anlässlich des Sozialistengesetzes, und im Jahre 1887, anlässlich des Septennats. Die damaligen Opponenten wurden von den Selbstgelehrten der Reaktion als „Reichsfeinde“ und „Vaterlandsverräther“ verurtheilt, weil sie das Sozialistengesetz bzw. das Septennat für unrichtig und unpraktisch hielten. Wo sind diese beiden Institutionen heute? Die Regierung selbst hat beide, das Sozialistengesetz und das Septennat fallen lassen, — das bezeugt, wofür vorher ganz Deutschland in ungeheure Aufregung versetzt wurde. Die Regierung hat also selbst angegeben, daß nicht sie, sondern die Majorität des Reichstages vor den beiden früheren Anlässen die richtige Meinung vertreten hat. Und da kommt sie jetzt wiederum und verkündet, daß sich der Reichstag über Autorität sinne. Das ist eine ungeheuerliche Zumuthung, welche die Wähler aus dem werththätigen Volk, heute an der Wahlurne mit äußerster Entschiedenheit zurückweisen muß.

Zünftlerische Wahlpropaganda. Nichts traurigeres kann es geben, als die Art und Weise, wie das kleine Häuflein der Justizminister im Namen des „deutschen Handwerker“ Wahlpropaganda betreibt. Die Herren gehen hantieren bei allen sogenannten „Ordnungs-Parteien“, um zu erfahren, wie die Kandidaten derselben sich zu den zünftlerischen Forderungen stellen. Sie wollen denjenigen Kandidaten ihre Stimme geben, welcher sich verpflichtet, für Beschäftigung zu arbeiten und obligatorische Forderungen zu erfüllen. Ob das ein konservativer, ultramontaner oder liberaler Mann ist, das kümmert sie nicht, — wenn er nur bereit ist, im Reichstage für die zünftlerischen Marotten einzustehen. In einem uns vorliegenden Wahlantrag der Zünftler „für die Handwerker von Weisbaden“ heißt es:

„Unsere Wahlparole heißt: „Entweder Zentrum und Konservativ oder Antizunftler.“ Und nehmen wir uns in Acht bei allen neuen Parteibildungen. Die Handwerkerbewegung ist ein höchst wackeliges, das ein Jeder gern aufgibt, um es schließlich als „Antizunftler“ sitzen zu lassen. Bedenken wir uns unsere Kandidaten ganz genau; wer nicht voll und ganz für den Beschäftigungsnachweis zu wählen wir nicht und mit Demjenigen, welche uns noch mehr befehlen wollen, ohne uns das Exterea zu berücksichtigen, da rechnen wir nach den Wahlen mit ab. Unter unseren angebotenen Freunden sitzen auch noch „Zammerkerle“; denn wie soll man es anders nennen, wenn ein Mann, der jahrelang Landtags-Abgeordneter ist, in allem Ernst um „Angabe unserer Forderungen“ bei uns aufkamt. — Zum Schluß noch ein ernstes Wort: Lassen wir uns nicht verleiten, einen Umwähler zu wählen.“ Die können und wollen nicht verhehlen; denn ein zufriedener Arbeiter und Handwerker ist ihnen das größte Hinderniß und die Zukunft können sie Niemand richtig beschreiben, aus dem einfachen Grunde, weil es in der Praxis unmöglich ist. Außerdem trennt uns christliche Handwerker noch eine viel größere Kluft, und das ist unser christlicher Glaube, und mit dem Rechten, die nach ihren eigenen Ansprüchen, keine Autorität im Himmel und auf

